

Wolfgang Schellenbacher
Christine Schindler

Editorische Vorbemerkung

Auf vielfältige Art und Weise ist die Vergangenheit mit der Gegenwart verbunden und verknüpft, werden Erinnerungen und Erzählungen tradiert, Geschehnisse bewusst und unbewusst weitergegeben, Verbrechen aufgearbeitet, Unrecht ignoriert, bagatellisiert oder gesühnt – auch die schon fern scheinenden Jahre der NS-Diktatur wirken bis ins Heute nach. Die Auswirkungen und Kontinuitäten aufzudecken und zu analysieren ist eine der Kernaufgaben des DÖW. Das Jahrbuch ist ein Forum für Beiträge der Erinnerung und Erforschung von DÖW-MitarbeiterInnen, aber auch von KollegInnen aus dem In- und Ausland.

Der Beitrag des DÖW-Mitarbeiters Stephan Roth „... nur bitte ich um Freigabe von drei Gegenständen, von denen ich mich aus familiären Gründen schwer trennen kann...“. Jüdisches Leben im Mostviertel am Beispiel der Familien Schmitz und Holzer in Oed bei Amstetten“ zeigt an konkreten Familien und kleinen Ortsgemeinden, dass vor allem auch Leerstellen Nachwirkungen und Indizien zurückliegender Verbrechen sein können: In Oed bei Amstetten gibt es keine Juden und Jüdinnen mehr und nur mehr wenige Alte können sich an jüdische NachbarInnen erinnern, die das Ortsleben über viele Jahrzehnte so aktiv und produktiv mitgestaltet hatten. Nach Regional- und Lokalstudien zu Markersdorf bei St. Pölten, Himberg, Baden, Maria Lanzendorf, Amstetten und Hollenstein geht Roth in seiner aktuellen Untersuchung der Geschichte jüdischer BewohnerInnen im westlichen Mostviertel ab dem 19. Jahrhundert nach. Akribisch arbeitet er das Schicksal der beraubten, vertriebenen und ermordeten Mitglieder der Familien Schmitz und Holzer auf.

In derselben Region ist der Artikel des Linzer Historikers Thomas Buchner „Friedrich Simhandl (1901–1958). Arzt – Heimatdichter – Nationalsozialist“ angesiedelt. Buchner legt Simhandls Karriere als NS-Funktionsträger dar, die bereits mit seinem Beitritt in die 1934 illegale NSDP begann – was nach 1945 als Hochverrat geahndet wurde, da die Nationalsozialisten die Existenz Österreichs auf allen Ebenen bekämpften, die Institutionen unterwanderten und auch vor tödlichen Sprengstoffanschlägen nicht zurückschreckten. Schon in

dieser frühen Zeit bekleidete Simhandl Leitungsfunktionen in der Partei und stieg nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 schnell in der Hierarchie auf. Der Autor beschreibt die Tätigkeit des NS-Arztes und Parteifunktionärs und unterlegt sie mit Originalzitate. Nach der Befreiung galt Simhandl zu Recht als „belastet“, wurde rasch aber wiedereingegliedert und verbrachte seine letzten Jahre hoch geehrt in seiner Heimat. Die gesellschaftliche Verklärung von Simhandls Biografie und Verdrängung seiner Taten und Verantwortungen ist in und um Amstetten erstaunlich: Dem Mann, der nachweislich sehr effektiv und überzeugt für das NS-Regime gewirkt hatte, wurde zuletzt 2008 eine ehrende Gedenktafel in Ardagger gewidmet. In Amstetten ist eine Straße nach Simhandl benannt und eine Gedenktafel würdigt bis heute seine Tätigkeit ab 1939 (sic!).

Das DÖW hat stets einen Gegenwartbezug im Blickfeld, ohne den Erinnerung und Aufarbeitung leer und fruchtlos wären. Der österreichische Politikwissenschaftler und Sozial- und Kulturanthropologe Thomas Schmidinger versucht gemeinsam mit dem DÖW-Mitarbeiter und Antisemitismus-Experten Andreas Peham ausgehend von der klassischen Rechtsextremismus-Definition auch andere Formen des Extremismus definitorisch zu erfassen. Der Beitrag „Was ist Extremismus? Versuch einer phänomenübergreifenden Definition“ ist eines der Ergebnisse des Forschungsprojekts „StratEx – Strategien extremistischer Organisationen im Bildungsbereich“, bei dem das DÖW unter anderen Institutionen unter der Projektleitung von Veronika Hofinger (Verein für Rechts- und Kriminalsoziologie – IRKS) mitwirken durfte. Das Projekt wurde im Sicherheitsforschungsförderprogramm KIRAS vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus finanziert und untersuchte die Aktivitäten extremistischer Organisationen im Bildungsbereich, sowohl deren Einflussnahme auf das formale Bildungswesen als auch eigene Bildungsangebote von nationalistisch-rechtsextremen, religiös-fundamentalistischen und staatsfeindlichen Gruppierungen.

Peham und Schmidinger listen Elemente einer allgemeinen Extremismus-Definition auf: Verwandlung sozialer in „natürliche“ oder „gottgewollte“ Ungleichheit, Gemeinschaftsdünkel, Rassismus, Feindbildkonstruktionen, (oft antisemitische) Verschwörungstheorien, Autoritarismus und etliche Merkmale mehr. Der Extremismusbegriff wird im Beitrag auch von den Termini des Radikalismus und des Fundamentalismus abgegrenzt.

Der Tätigkeitsbericht der Projektmanagerin und Redakteurin des DÖW Christine Schindler über das abgelaufene Jahr 2021 im DÖW beschließt zusammen mit ihren Überlegungen zur dringend notwendigen Neugestaltung der Dauerausstellung und Neuaufstellung der Vermittlung des Instituts das vorliegende Jahrbuch.

Der Schwerpunkt des Jahrbuchs liegt auf der Delogierung und Zwangsumsiedlung von Juden und Jüdinnen in West- und Mitteleuropa vor ihrer Deportation. Im Zuge der Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland im März 1938 begannen jüdische Alltagsräume in Wien rapide zu schwinden. So wurde Jüdinnen und Juden etwa verboten, Parkanlagen zu betreten oder Theater, Kinos, Konzerte und Ausstellungen zu besuchen. Dies drängte die jüdische Bevölkerung in den privaten Raum. Der Verlust der eigenen Wohnung durch Delogierungen und die Zwangsumsiedlung wurden für Jüdinnen und Juden umso mehr zu einschneidenden Erlebnissen in der Verfolgung. Ein DÖW-Interview mit Ephraim Lahav (Erich Feier)¹ verdeutlicht die Geschwindigkeit, mit der die Delogierungen und die zwangsweisen Umsiedlungen in beengtere Unterkünfte durchgeführt wurden:

„Auch unsere Wohnung in der Sonnenfelsgasse mussten wir bald räumen. Zwar stand sie unter Mieterschutz, und das Haus gehörte der Gemeinde Wien, aber unser Einspruch brachte uns nur einen Aufschub von zwei Monaten. [...] Die Behörden haben uns dann für fünf Personen – Eltern, Großmutter, Bruder und mich – ein Zimmer mit Küchenbenutzung in einer Wohnung im 2. Bezirk, in der Krummbaumgasse, zugewiesen.“²

In Wien, wo vor dem „Anschluss“ mit etwa 9 % der Gesamtbevölkerung eine große jüdische Minderheit lebte,³ setzten Delogierungen und Zwangsumsiedlungen in andere Stadtteile besonders rasch ein: Im Sommer 1938 kündigte die Stadt Wien jüdischen MieterInnen Gemeinde- und Sozialwohnungen.⁴ Ein halbes Jahr früher als im übrigen Deutschen Reich wurden jüdische HauptmieterInnen in Wien bereits nach dem Novemberpogrom 1938 verpflichtet, delogierte Jüdinnen und Juden in Untermiete zu beherbergen.⁵

- 1 1923 als Erich Feier geboren, gelang ihm über Bratislava und Kladovo die Flucht nach Palästina.
- 2 Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1992, S. 121.
- 3 Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, Wien 1937, S. 11.
- 4 Siehe dazu ausführlich: Herbert Exenberger / Johann Koss / Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939, Wien 1996.
- 5 Michaela Raggam-Blesch, „Sammelwohnungen“ für Jüdinnen und Juden als Zwischenstation vor der Deportation, Wien 1938–1942, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Forschungen zu Vertreibung und Holocaust (= Jahrbuch 2018), Wien 2018, S. 81–100, hier 83.

Im Frühjahr 1939 forderte das Wiener Wohnungsamt 13.600 „arische“ HausbesitzerInnen auf, die Mietverträge ihrer jüdischen MieterInnen zu kündigen, was zu einer weiteren Kündigungswelle führte. Am 10. Mai 1939 trat die „Verordnung zur Einführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden in der Ostmark“ in Kraft, die nun offiziell so genannten „arischen“ VermieterInnen erlaubte, Mietverträge mit jüdischen MieterInnen fristlos zu kündigen, was die Delogierungen endgültig legalisierte.⁶ Das Wiener Wohnungsamt siedelte tausende jüdische WienerInnen in bereits von Jüdinnen und Juden bewohnte Häuser und Wohnungen um, was zu einer starken Konzentration der jüdischen Bevölkerung in den Bezirken entlang des Donaukanals – Innere Stadt, Leopoldstadt und Alsergrund – führte: Während die Anzahl der jüdischen EinwohnerInnen durch die Zwangsemigration in allen anderen Bezirken rapide abnahm, nahm sie dort stark zu. Diese „Ghettoisierung“ betraf einen Großteil der jüdischen Bevölkerung in Wien. Nur etwa ein Fünftel jener Wiener Jüdinnen und Juden, die ab 1941 deportiert wurden, lebte zum Zeitpunkt der Deportation noch an der gleichen Wohnadresse wie 1938.⁷ Dies führte auch zu einer räumlichen Separierung von der „arischen“ Bevölkerung. Von hier wurden die Jüdinnen und Juden später in die nahegelegenen Sammellager gebracht und deportiert.

Die Konzentration in einzelnen Straßen und Häusern führte zur Entstehung sogenannter „Judenhäuser“. Durch die Massendeportationen aus diesen „Judenhäusern“ und die erneute Einquartierung von Delogierten kam es ab 1941 zu einer hohen Fluktuation von jüdischen BewohnerInnen, wodurch einzelne Hausadressen für über 100 Jüdinnen und Juden zum letzten Wohnort in der Stadt wurden, weshalb diese oftmals als „Sammelwohnungen“ bezeichnet werden.

Die im Zuge des Projektes Memento Wien⁸ – das von der Firma Braintrust technisch umgesetzt wurde – vorgenommenen Georeferenzierungen der letzten Wohnadressen von Shoah-Opfern zeigen die Standorte von „Judenhäusern“, die Räume der „Ghettoisierung“ und können genauere Aufschlüsse über einzelne Stadtteile geben.⁹ Dieses Mapping durch historisches GIS verdeutlicht angesichts der massenhaften Zwangsumsiedlung in Stadtteile, die bereits vor

6 Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien–Salzburg 1975, S. 78.

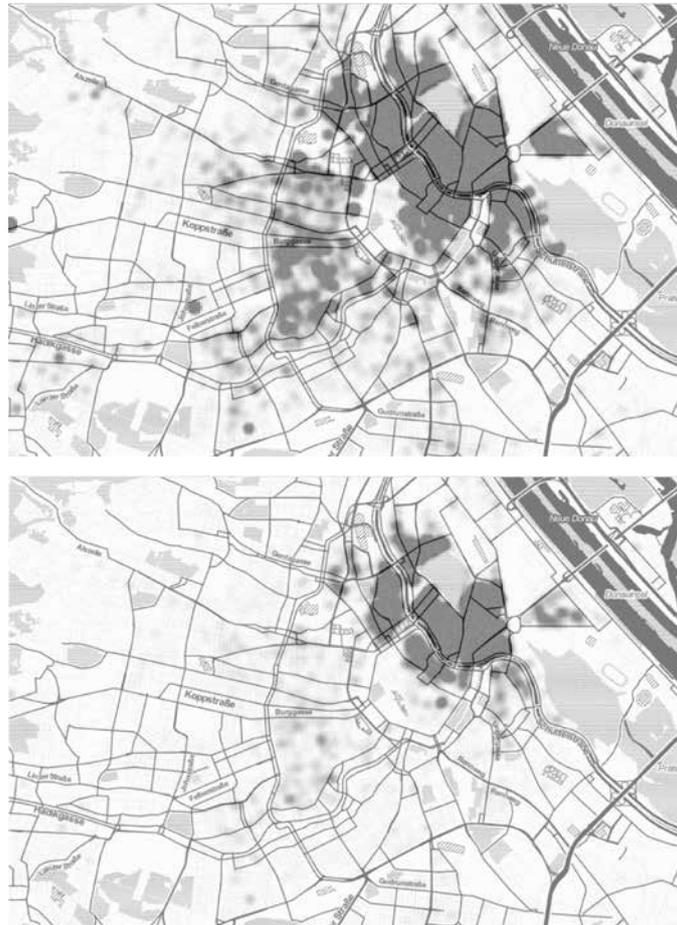
7 Opferdatenbanken des DÖW. Abgleich der Adressen aus der Auswandererkartei der IKG Wien und später deportierten Personen.

8 <https://www.memento.wien/>. [17. 5. 2022].

9 Wolfgang Schellenbacher, Memento Vienna. How an Online Tool Presenting Digitized Holocaust-related Data and Archival Material is Offering New Insights into the Holocaust in Vienna, in: Holocaust Research and Archives in the Digital Age, hrsg. v. Laura Brazzo, Reto Speck, Quest. Issues in Contemporary Jewish History. Journal of Fondazione CDEC, Nr. 13, August 2018 (DOI : 10.48248/issn.2037-741X/828).

1938 einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil aufwiesen, dass die jüdische Bevölkerung Wiens weniger „ghettoisiert“, sondern die „Ghettoisierung“ zur jüdischen Bevölkerung gebracht wurde – eine Analyse, zu der Tim Cole auch für das Budapester Ghetto kam.¹⁰

Heatmaps der letzten Wohnadressen von Holocaustopfern und ihren Wohnadressen zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ illustrieren die „Ghettoisierung“ in Wien zwischen „Anschluss“ und Massendeportationen: 1938 war die jüdische Bevölkerung über ganz Wien verteilt; 1941 hatten die Zwangsumsiedlungen bereits zur „Ghettoisierung“ entlang des Donaukanals geführt.



10 Tim Cole / Alberto Giordano, Bringing the Ghetto to the Jew: Spatialities of Ghettoization in Budapest, in: Ann Kelly Knowles / Tim Cole / Alberto Giordano (Hrsg.), Geographies of the Holocaust, Bloomington–Indianapolis 2014, S. 120–157.

Der zeitliche Ablauf und die Verortung der „Ghettoisierung“ der jüdischen Bevölkerung innerhalb der Stadt samt der Entstehung neuer sozialer Räume können zu einer genaueren Analyse der Verfolgung in Wien beitragen. Die räumliche Separierung in „Judenhäusern“ und die dadurch erfolgte „Ghettoisierung“ ist jedoch kein lokales, spezifisches Phänomen für Wien, sondern findet sich in weiten Teilen des Machtbereichs des Deutschen Reiches West- und Mitteleuropas wieder.

Auch die Erlebnisse von Jüdinnen und Juden in anderen Ländern und Städten beschreiben ähnliche Delogierungen und Zwangsumsiedlungen wie Erich Feier im eingangs zitierten Interviewausschnitt: so etwa in Briefen, die Marie Bader aus Prag an ihren Verlobten nach Griechenland schickte. Sie beschreibt die Unterbringung ihres sozialen Umfelds in „Sammelwohnungen“ und übermittelt Witze, die in der jüdischen Bevölkerung Prags über die „Ghettoisierung“ in Straßen wie der Pařížská erzählt wurden: „Do you know what they call Pařížská? The Milky Way! Because that is where most of the Jews with stars live, and there are plenty more such jokes now.“¹¹

Die „Ghettoisierung“ der jüdischen Bevölkerung innerhalb Wiens wurde von HistorikerInnen ab den 1970er Jahren beschrieben. Gerhard Botz verwies 1975 auf den Zusammenhang zwischen der Zwangsumsiedlung der jüdischen Bevölkerung und den Massendeportationen.¹² Weitere Arbeiten entstanden zu den Kündigungen aus den Wiener Gemeindebauten¹³ und dem System der „Sammelwohnungen“ in Wien.¹⁴

Obschon die Bedeutung von Delogierungen und Zwangsumsiedlungen von Jüdinnen und Juden innerhalb der Städte des Deutschen Reiches und seinen besetzten Gebieten für den Holocaust immer wieder zum Gegenstand der Forschung wurde, beschränkten sich bisherige Arbeiten in Deutschland meist auf lokale Analysen.¹⁵ Eine transnationale Erforschung des Themas blieb jedoch bislang aus.

11 Kate Ottvanger / Jan Lániček (Hrsg.), *Life and Love in Nazi Prague. Letters from an Occupied City* by Marie Bader, London 2019, S. 110.

12 Botz, *Wohnungspolitik und Judendeportation*.

13 Exenberger / Koss / Ungar-Klein, *Kündigungsgrund Nichtarier*.

14 Siehe etwa: Raggam-Blesch, „Sammelwohnungen“ für Jüdinnen und Juden; Philipp Mettauer, *Die „Judenumsiedlung“ in Wiener Sammelwohnungen 1939–1942*, in: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hrsg.), *Wiener Geschichtsblätter*, H. 1/2018 (73. Jg.), Wien 2018, S. 1–22; ders., „Das ist gewöhnlich die letzte Station“. *Die „Judenumsiedlung“*. Wien 1938–1942, in: *ÖGL – Österreich – Geschichte, Literatur, Geographie* 2017, H. 2 (391), S. 167–180.

15 Siehe etwa: Marlis Buchholz, *Die hannoverschen Judenhäuser: zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945*, Hildesheim 1987; Hubert Schneider, *Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“* in Bochum: *Die Geschichte der Gebäude*

Als Anstoß für eine derartige komparative und transnationale Erforschung der Delogierung und „Ghettoisierung“ der jüdischen Bevölkerung in ihren Heimatstädten vor der Deportation organisierte das DÖW den internationalen Workshop „Persecution at Home: Eviction and Resettlement of Jews Within the City Space, 1938–1942“.¹⁶ Diese Konferenz, die im Herbst 2020 am DÖW und am Renner-Institut Wien stattfand, richtete sich an WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Forschungsgebieten (Holocaustforschung, Spatial Studies, Digital Humanities), die zu diesem Phänomen in den Ländern Mittel- und Westeuropas forschen.

Acht Beiträge, die aus diesem Workshop hervorgingen, bilden den Schwerpunkt des vorliegenden DÖW-Jahrbuchs mit dem Titel „Delogiert und ghettoisiert. Jüdinnen und Juden vor der Deportation“. Vier Beiträge wurden für das Jahrbuch aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt. Der Vergleich mehrerer Länder und Städte zeigt die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in verschiedenen Gebieten sowie die verschiedenen Stadien der Zwangsumsiedlung auf:

Benjamin Frommer (Northwestern University, Evanston, Illinois, USA), der die Keynote Speech auf dem Workshop gehalten hatte, gibt in seinem Artikel „Zurück ins Ghetto (und ins Dorf): Ausweisung und Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung im nationalsozialistischen Protektorat Böhmen und Mähren“ einen umfassenden Überblick über die Zwangsumsiedlung und „Ghettoisierung“ der jüdischen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren. Der Artikel geht sowohl auf die unterschiedlichen Abläufe der Delogierung und Vertreibungen in den tschechischen Kleinstädten als auch auf die Zwangsumsiedlungen in Prag ein. Frommer zeigt anhand Analysen von Opferdatenbanken, dass mindestens zwei Drittel der jüdischen EinwohnerInnen Prags wenigstens einmal vor der Deportation umgesiedelt wurden. Diese Reduktion des Wohnraumes und die Isolation der jüdischen Bevölkerung vor der Deportation stehen exemplarisch für viele Regionen im Machtbereich des Deutschen Reiches.

Christoph Lind (Injoest, St. Pölten, Österreich) geht in seinem Artikel „Als alle weg waren, wurde die weiße Fahne gehisst – Österreichs ‚Provinzjuden‘

und ihrer Bewohner, Berlin–Münster 2010; Angela Schwarz, Von den Wohnstiften zu den ‚Judenhäusern‘, in: Angelika Ebbinghaus / Linne Karsten (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im 3. Reich, Stuttgart 1997, S. 232–247.

16 Der auf Englisch abgehaltene Workshop wurde zu gleichen Teilen durch den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und den Zukunftsfonds der Republik Österreich finanziell unterstützt.

nach dem „Anschluss“ auf die Erfassung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in den österreichischen Bundesländern ein. Er zeigt die unterschiedlichen Geschwindigkeiten in der Delogierung, Zwangsumsiedlung und Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus der „Provinz“ nach Wien zwischen Sommer 1938 und Ende Frühling 1940. Der Artikel stellt dies auch in den Kontext des Antisemitismus in Österreich vor dem „Anschluss“, der – so die These Linds – zur rascheren Erfassung der jüdischen Bevölkerung nach 1938 beitrug.

Maria Luft (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg, Deutschland) widmet sich dem Thema anhand einer regionalen Studie über die schlesische Stadt Breslau (Wrocław). Auch hier werden die Dezimierung des jüdischen Alltagsraumes und der beschränkte Bewegungsradius durch die „Ghettoisierung“ in Judenhäusern und „jüdischen Wohngemeinschaften“ deutlich. Der Artikel thematisiert den Verlust der Wohnung als geschützten Raum als einschneidendes Erlebnis und die Judenhäuser als Zwischenstationen auf dem Weg zur Deportation und Ermordung.

Der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung abseits der Vorstufe zur Deportation zwischen 1938 und 1942 widmet sich Maximilian Strnad (Stadtarchiv München, Deutschland) in seinem Artikel „Ein vergessenes Kapitel: Die Ghettoisierung der Mischehen 1942–1945 im ‚Altreich‘“. Der Artikel geht auf die „Ghettoisierung“ von Mischehen im „Altreich“ ab dem Frühjahr 1942 ein. Strnad zeigt, dass es auch nach Abschluss der Massendeportationen – verstärkt angesichts der Raumnot durch den Luftkrieg – in allen Regionen des Deutschen Reichs weiterhin sogenannte Judenhäuser gab, in denen vor allem „nichtprivilegierte“ Mischehepaare lebten.

Dem Thema der „Ghettoisierung“ von sogenannten „Mischehefamilien“ widmet sich auch Michaela Raggam-Blesch (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Österreich) in ihrem Beitrag „Wohnungsdelogierungen und ‚Mischehehäuser‘. Verfolgungsmaßnahmen gegen ‚Mischehefamilien‘ in Wien“. Anhand mehrerer Beispiele zeichnet der Artikel die Situation von Mischehefamilien in Wien nach und beschreibt die Einrichtung von „Mischehehäusern“ in der Leopoldstadt. Darüber hinaus analysiert der Artikel nachbarschaftliche Kontakte als entscheidend für die Lebensumstände von „Mischehefamilien“ und den „gemeinsamen Haushalt“ als Schutz vor der Deportation.

Renée Wagener (Historikerin, Luxemburg) gibt in ihrem Artikel „Um den Bedürfnissen nachkommen zu können, erbitten wir die Zuweisung nachbenannter

Häuser als Altersheime an die Israelitische Kultusgemeinde‘. ‚Jüdische Altersheime‘ im Rahmen der nationalsozialistischen Enteignungspolitik in Luxemburg“ einen Überblick über die Delogierungen und Zwangsumsiedlungen in Luxemburg. Der Artikel lässt sowohl Ähnlichkeiten im Ablauf der Zwangsumsiedlungen zu Wien erkennen, zeigt aber auch die luxemburgischen Besonderheiten der Zwangsumsiedlungen in Judenhäuser: Vertreibungen aus Wohnhäusern nach Frankreich und vor allem die Rolle der Altersheime – allen voran Fünfbrunnen – bei der „Ghettoisierung“ der jüdischen Bevölkerung Luxemburgs.

Dina Feldman (Historikerin, Jerusalem, Israel) befasst sich in ihrem Artikel „Die Straßen des Ghettos Piotrków Trybunalski 1939–1943: Sozial-räumliche Aspekte der deutschen Verfolgung“ mit der Verfolgung der Juden und Jüdinnen im Ghetto Piotrków Trybunalski im Bezirk Radom. Der Beitrag umfasst sowohl die „Ghettoisierung“ wie auch das spätere Ghetto. Der Artikel betrachtet die „Ghettoisierung“ als Dezimierung der jüdischen Räume und geht dem Thema von der Umwandlung von jüdischen Orten hin zum geschlossenen Ghetto 1941 bis zur endgültigen Liquidierung des Ghettos nach.

Dorien Styven und Veerle Vanden Daelen (Kazerne Dossin, Mecheln, Belgien) befassen sich in ihrem Artikel „Zurückgelassen: Auswirkungen der Zwangsarbeit bei der Organisation Todt in Nordfrankreich auf die Verfolgung der Juden und Jüdinnen in Antwerpen“ mit dem Schicksal von etwa 2.250 jüdischen Männern aus Antwerpen, die im Zuge der Organisation Todt zur Zwangsarbeit nach Frankreich abkommandiert wurden. Der Artikel zeigt anhand einer Analyse von Opferdatenbanken, dass sowohl die Männer als auch ihre in Antwerpen zurückgebliebenen Familienangehörigen weitaus häufiger deportiert wurden als die durchschnittliche jüdische Bevölkerung Belgiens. Geo-räumliche Analysen der Wohnadressen der Familienangehörigen aus den Opferdatenbanken zeigen, dass viele der zurückgelassenen Familien nach wie vor in jenen Gebieten lebten, die von Razzien betroffen waren.

Philipp Mettauer (Injoest, St. Pölten, Österreich), der auf dem Workshop in seinem Vortrag „Deregistered. Jewish Tenants in Vienna from Eviction to Deportation“ auf den Zusammenhang zwischen der „Ghettoisierung“ in Wien und den Massendeportationen verwies, geht in seinem Jahrbuchartikel „Vom ‚Arisieren‘, Inventarisieren und Emigrieren der Dinge. Mobilien im Reichsgau ‚Niederdonau‘“ auf einen Teilaspekt der Delogierungen ein: Anhand von geraubten Wohnungsmobiliar und Alltagsgegenständen beschreibt er den Ablauf

der „Arisierung“ von Mobiliar aus jüdischen Wohnungen. Durch die Betrachtung von ins Exil mitgenommenen Gegenständen analysiert er auch den Bedeutungs- und Zweckwandel der Objekte für die Verfolgten.